Stadtentwicklung

Mobilitätsgesetz, Einheits-App und ticketloses Einsteigen

Die Forderungen von Bremens Parteiennachwuchs zur autofreien Innenstadt im Überblick

PASCAL FALTERMANN

Bremen. Bis 2030 soll die Bremer Innenstadt autofrei gestaltet werden. So steht es im Koalitionsvertrag der rot-grün-roten Regierung. Um den Begriff und die Umsetzung ist eine hitzige Debatte in der Stadt entbrannt. Streit gibt es um Verkehrsversuche, Einbahnstraßen und Einzelprojekte. Das Aktionsbündnis Innenstadt hat die autofreie Innenstadt auf der Streichliste und will das Thema neu aufgesetzt haben. Was hält der Nachwuchs der Bremer Parteien von den Plänen? Ein Überblick.

Jusos: „Jedes Auto, das zu Hause stehen bleibt, muss nicht mit Verkehrsversuchen oder Verboten aus der Innenstadt vertrieben werden“, sagt Sebastian Schmugler, Juso-Landesvorsitzender. Dass es eine Verkehrswende geben müsse, sei unbestritten. Jedoch werde diese nicht in der City gemacht, sondern müsse in den Stadtteilen erfolgen. Die Fokussierung auf die Innenstadt betrachte man bei den Jusos mit Skepsis. Die SPD-Jugendorganisation würde es begrüßen, wenn in der Innenstadt mehr Platz für nachhaltigere Verkehrsarten geschaffen werde. „Dieser Wandel muss aber mit den Anliegern entwickelt werden“, sagt der Juso-Chef. Wichtig sei es, dass der öffentliche Nahverkehr (ÖPNV) attraktiver, günstiger und flexibler werde. „Dafür braucht es einen kostenlosen, umlagefinanzierten ÖPNV“, sagt Schmugler. Zudem müsse die Fahrradinfrastruktur verbessert werden.

Grüne Jugend: Die Jugend der Grünen fordert mehr Tempo bei Verkehrs-, Klima- und Sozialpolitik in Bremen. Die autofreie Innenstadt stehe im Koalitionsvertrag, sei aber noch nicht umgesetzt, heißt es von der Jugendorganisation der Grünen. Die Mitglieder fordern den Senat auf, die Maßnahmen dazu bis zur Bürgerschaftswahl im Jahr 2023 umzusetzen. „Die Klimakrise wartet nicht und Bremen muss seinen Beitrag leisten“, betont Franziska Tell, vor kurzem wiedergewählte Sprecherin der Grünen Jugend. „Wir brauchen ein Mobilitätsgesetz für Bremen, das die Verkehrswende gesetzlich festschreibt, die Autos aus der Innenstadt schmeißt und den Nahverkehr ticketlos nutzbar macht.“

Junge Union (JU): „Mit den Verkehrsversuchen in der Martinistraße ist man undurchdacht vorgegangen“, sagt Johannes Klinckradt, Vorsitzender der JU Bremen-Stadt. Wenn der Autoverkehr aus der City verschwinden solle, müsse es Alternativen geben. Beim Ausbau des ÖPNV müsse die rot-grün-rote Regierung „deutlich den Turbo anwerfen“. Um die Innenstadt zu erreichen, müssten zudem Querverbindungen in der Stadt geschaffen und der desolate Zustand der Radwege in den Stadtteilen verbessert werden. Außerdem fordere die JU eine App, mit der man alle Verkehrsangebote (Bike- und Carsharing, E-Scooter, ÖPNV oder auch Parkhäuser) buchen und bezahlen kann.

Junge Liberale (Julis): „Die Verkehrsberuhigung der Innenstadt muss durch ein zukunftsträchtiges Gesamtkonzept begleitet werden“, sagt Tom Daniel, stellvertretender Landesvorsitzender der Julis. Um die City zu beleben, könne man eine vollständig verkehrsberuhigte Fußgängerzone vom Brill bis zum Sielwall/Ostertorsteinweg schaffen. Dadurch würde eine neue Lebensader entstehen. Klar sei aber auch, so Daniel, dass die Erreichbarkeit der Innenstadt sichergestellt und Alternativen geschaffen werden müssen. „Konkret fordern wir einen gut ausgebauten ÖPNV, der pünktlich und regelmäßig verkehrt“, so Daniel. Moderne „Park and Ride“-Angebote und die Verlegung der Straßenbahn aus der Obernstraße seien weitere Maßnahmen. Zudem müsse das Verkehrsnetz vollständig überarbeitet werden.

Linksjugend: „Mehr Autos führen zu einer schlechteren Aufenthaltsqualität, Sicherheitsrisiken, Lärm, Abgasen und langen Wartezeiten“, sagt Christian Gerlin, Landessprecher der Linksjugend. Der Jugendverband fordert, dass ein sozial verträglicherer ÖPNV sowie der Rad- und Fußverkehr nicht weiter benachteiligt werden. Für Autofahrer sollten kostenlose „Park and Ride“-Angebote geschaffen und der ÖPNV ticketlos werden. Die Obernstraße als zentrale Einkaufsstraße solle vom Straßenbahnverkehr entlastet werden. Grundsätzlich brauche Bremen mehr sichere Radwege. In Sachen ÖPNV fordert die Linksjugend schnellere Verbindungen, eine größere Abdeckung und eine ausreichende Taktung.